

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 128 – März 2019

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

DEN GEFALLENEN



Foto: Privat

Auf dem Klagenfurter Heldenfriedhof wurden 134 Birkenkreuze zum Gedenken an die 15.965 gefallenen Kärntner Soldaten des 1. Weltkrieges aufgestellt. Ein Kreuz für jede Kärntner Gemeinde sowie für das Karnalal und das Mießtal. Ursprünglich sollten die Kreuze vom 24.10. bis 25.11.2018 zum Gedenken mahnen.

Im November wurde der „Aufstellungszeitraum“ bis März 2019 verlängert.

In der Zwickmühle

„Solange der Verfassungsgerichtshof die EU-Grundrechte-Charta über nationales Recht stellt, solange das Parlament die EMRK nicht zumindest teilweise außer Kraft setzt, und solange wir unsere Grenzen nicht dauerhaft kontrollieren dürfen, sind wir in der Zwickmühle, oder, um es mit Henryk Broder zu sagen: ‚Wir können dann nur noch sitzen und abwarten, bis einer kommt und ausrechnet, daß die Wahrscheinlichkeit, bei einer Messerattacke tödlich verletzt zu werden, viel geringer ist als die, bei einem Verkehrsunfall ums Leben zu kommen.‘“ (Dr. Tassilo Wallentin in der KRONE)

Ausweichstadion

Weil im millionenteuren Klagenfurter Stadion das Kunstprojekt Wald „For Forest“ errichtet werden soll, baut man für die Fußballer neben das Fußballstadion ein Ausweichstadion. Und damit niemand von der großen Stadionrampe aus kostenlos einem Fußballspiel im Ausweichstadion zusehen kann, baut man auch einen Sichtschutz.

Daß Kärnten kunstfeindlich ist, wird jetzt wohl niemand mehr behaupten können, aber möglicherweise könnte jemand auf die Idee kommen zu fragen, ob die Kärntner noch ganz dicht sind.

Grüner Familienausflug nach Triest

Die GRÜNEN und das Geld: Diese Geschichte wird zu einer endlosen, obwohl die Ökos ja schon in der politischen Versenkung verschwunden sind. Zum Beispiel die grüne Bildungswerkstatt: Ehemalige Funktionäre erheben schwere Vorwürfe. Es geht um angeblich als Bildungsreisen getarnte Urlaube, um Tauchkurse und Fördermittel der öffentlichen Hand.

Chef der grünen Vorfeldorganisation in Kärnten ist Herbert Wulz, der Ehemann der ehemaligen Klagenfurter Grünen-Stadträtin Andrea Wulz. Er sagt: der Tauchkurs habe der Teambildung gedient, Führungen durch Tochter Janine Wulz (ja die, die laut Eigendefinition „weder Ehre noch Treue kennt“ und die das „Cafe Rosa“, für dessen Umbau und laufenden Betrieb rd. 443.000 Euro an ÖH-Beiträgen geflossen sind, in die Pleite geführt hat) seien unentgeltlich erfolgt, und außerdem hätten sie bei besagter Reise nach Triest auch ehemalige Konzentrationslager in dieser Region besucht.

Der Besuch von ehemaligen Konzentrationslagern dient als Rechtfertigung für die Finanzierung eines Ausfluges mit Steuergeld, und auf Facebook bedankten sich die Teilnehmer abschließend mit einem Gruppenfoto für den „tollen Kurzurlaub“.

Das ist GRÜN!

STRAMM LINKS

wird immer noch krampfhaft bestritten, daß die Zunahme an Gewaltverbrechen mit der Flutung Europas mit Migrant*innen zusammenhängt.

Verfolgen Sie einmal die Berichte über Vergewaltigungen und Frauenmorde – jüngste Schlagzeilen: „Unheimliche Mordserie schockiert das Land“ oder „Eine derartige Serie hatten wir noch nie“, wo der Direktor des Bundeskriminalamts, Franz Lang, auf die Frage eines Reporters „Wie erklären Sie sich die jüngste Gewalt-Welle an Frauen?“ vorsichtig erklärt: „Das hat viele Gründe. Unter anderem die Flüchtlings-Situation. Viele erkennen, daß sie keine Aussicht auf Asyl haben, ohne Perspektive sind - und so staut sich Frust, Aggression.“

Sollen die Morde darum verständnisvoll zur Kenntnis genommen werden?

Um eine „Flüchtlings-Situation“ geht es hier allerdings auch nicht, sondern hauptsächlich um straffällige Migrant*innen, die längst hätten abgeschoben werden müssen. Aber die LINKE will von Abschiebung nichts wissen.

Die moralisierende Wertung der LINKEN mißt mit zweierlei Maß: Links ist vernünftig, modern, zuwanderungsfreundlich, rechts rückständig, dumm, fremdenfeindlich. Und, wie in totalitären Systemen üblich, werden Kritiker ihrer Sichtweise als Abschaum und Pack beschimpft und verfolgt.

Ihre mit religiösem Eifer verkündete Menschenrechtsgläubigkeit wurzelt im Gleichheitstraum der französischen Revolution, nur, daß es heute nicht mehr um Standesunterschiede innerhalb eines Volkes geht, sondern darum, daß alle Menschen weltweit das gleiche Recht hätten, sich jederzeit und überall alles Gewünschte zu nehmen, frei nach dem linken Ideal „Eigentum ist Diebstahl“. „Zivilgesellschaftliche Organisationen“ (NGO), offiziell unabhängig, inoffiziell ideologisch vernetzt und staatlich gefördert, helfen dabei, das angestammte Volk zu bespitzeln und zu attackieren. Solche Gruppen gibt es bei uns sehr viele und alle eint der Haß auf die Heimat.

Wir wollen unsere Heimat und unsere Traditionen, allen Widerständen zum Trotz, schützen und erhalten.

Absage an die Sozialpartnerschaft

Christian Ortner in der linksliberalen *Presse*: „Der Regierung vorzuwerfen, daß sie selbst regiert, wie das die Verfassung vorsieht, anstatt dies den Sozialpartnern zu überlassen, ist nicht ganz ohne heitere Note. Denn über Jahrzehnte haben sich Generationen von Journalisten, Politikwissenschaftlern und Historikern öffentlich darüber alteriert, daß Österreich eine Scheindemokratie sei, in der das wahre Machtzentrum die demokratisch nicht legitimierte Sozialpartnerschaft ist, während das Parlament entmachtet sei. Wenn nun eine Regierung damit zumindest teilweise Schluß macht und wieder selbst regiert, kann man das natürlich einen „Staatsstreich in Zeitlupe“ nennen (wie das Peter Turrini tut) – obwohl es sich wohl viel eher um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung handelt, die ein De-facto-Regieren der Sozialpartner nämlich nicht kennt. Man mag das goutieren oder auch nicht – aber daraus die Errichtung einer „Dritten Republik“ abzuleiten erscheint doch etwas kühn.“

ZITAT

Friedrich der Große: „Eine Regierung muß sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, daß jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, daß er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muß.“

Die Spießer

oder - Willkommen im neuen Biedermeier

Unter diesem Titel beschreibt der Soziologe Karl Kollmann die 68er und ihre Kinder folgendermaßen: „Die Kinder der 68 und der ihnen folgenden sozialen Bewegungen sind im Wesentlichen städtische Mittelschichtkinder, ähnlich wie bei der traditionellen Mittelschicht, aber eben mit grünem Charakter und im gehobenen Segment, „besserer“ Konsum gewissermaßen... statt Meinungsfreiheit gelten jetzt korrekte Sprache, Diversität, Multikulturalität, Globalität. Etliche Aktivisten sprechen sogar das Binnen-I, was etwas verblödet wirkt... postmaterialistische Mittelschichtkinder sehen die Welt mit schichtspezifischer Brille, Wohlstand ist selbstverständlich, sie haben nur die moderne Konsumgesellschaft und deren alles umspannende Werbung kennengelernt... die erstaunliche Kombination von 68er-Haltung und hemmungsloser, leistungsmythischer Wettbewerbsfreude ist ein Wesensmerkmal der neuen Postmaterialisten, der (gut verdienenden) Bobos und Hipster. Sarkastisch gesagt: arglos „gutmenschlich“, grün in der Freizeit, Apple-Fans (weil eben anders als die Mehrheit), sehr herb gegenüber inferioren, konventionellen Milieus, jedoch weitgehend kritiklos, hoch leistungsorientiert, gefügig im Beruf... Die Totalanpassung an das Marketing hat mit „links“ oder „68er“ nichts mehr zu tun.“

VON DER SCHLEPPEREI

Laut europäischer Polizeibehörde Europol nehmen mehr als 90 Prozent der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, die Dienste von Schleppern in Anspruch. Denn – so der Anwalt für Fremdenrecht Georg Bürstmayr – „Die Menschen können ja nicht übers Mittelmeer schwimmen.“

Bis November

sind im Jahr 2018 an den deutschen Grenzen bei Kontrollen 38.580 Personen gefaßt worden. 25.000 beantragten daraufhin Asyl, 13.000 wurden zurückgewiesen. 9.281 waren per Haftbefehl gesucht worden.

Von wegen „rasche Abschiebung“

Weil Afghanistan die Einreise verweigerte, mußten die deutschen Behörden einen Mehrfachstraftäter wieder aus Kabul rückholen. Kostenpunkt für die deutschen Steuerzahler: mindestens 25.000 Euro.

Notwendig waren ein Business-Jet, zwei Begleiter und eine Ärztin. Bei einer Zwischenlandung in Tiflis mußten alle im Flugzeug übernachten, weil die Georgier niemanden aussteigen ließen.

Mit den Deutschen kann man's wohl machen!

Manipulierte Asylverfahren

Die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen in der Affäre um manipulierte Asylverfahren in der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgeweitet. Neben der ehemaligen Amtsleiterin Ulrike B. ist eine zweite Bamf-Mitarbeiterin aus Bremen in den Fokus der Ermittler gerückt. Sie soll daran beteiligt gewesen sein, zahlreiche Asylanträge durchzuwinken. Bei einer ersten Prüfung war die Interne Revision des Bundesamts in Nürnberg auf 601 fragwürdige Fälle der beiden Rechtsanwältinnen Irfan D. und Cahit T. gestoßen, mit denen Regierungsdirektorin Ulrike B. auch privat in Kontakt stand. Gegen die Juristen wird ebenfalls ermittelt. Eine zweite Prüfgruppe, die Tausende weitere Akten der Bremer Bamf-Niederlassung seit 2006 untersuchte, entdeckte 145 zusätzliche Verfahren, die mutmaßlich manipuliert wurden.

ZITAT

Eric Frey (Chef vom Dienst der Wiener Tageszeitung „Der Standard“) in „nu“, Jüdisches Magazin für Politik und Kultur: „Waldheim blieb als Bundespräsident international isoliert, in Österreich entstand ein neues Geschichtsbewußtsein, und als er fünf Jahre später auf eine Wiederwahl verzichtete, war sein Bild als NS-Mitläufer und Verleugner im In- und Ausland gefestigt. Das Land war bereit für die Reden von Bundeskanzler Franz Vranitzky, in denen er im Namen Österreichs Verantwortung für die Verbrechen der NS-Zeit übernahm.“

Täuschen und tricksen

Innenminister Kickl berichtet, daß sich etliche Asylwerber als minderjährig ausgeben, um bevorzugt behandelt zu werden und bei positiver Entscheidung ihre Familien nachholen zu können.

Bei medizinischen Überprüfungen von 288 Asylwerbern, um Lügen hinsichtlich Altersangabe aufzudecken, wurden 112 als volljährig enttarnt.

Und was geschieht jetzt mit diesen Lügnerern?

ZITAT

Friedrich Logau: „In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod.“

Die EU Datenschutz Grundverordnung verlangt, daß wir Sie informieren, welche Ihrer Daten wir speichern. Wie in der Vergangenheit speichern wir nur Ihre Daten als Empfänger des WEITBLICK. Selbstverständlich werden diese auch nicht weitergegeben. Wenn von Ihnen kein Einspruch gegen diese Speicherung erfolgt, kommt dies einer Zustimmung gleich, die Sie jederzeit widerrufen können.

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT666000000075505994.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

So stellen sich Linke die Demokratie vor

Die an der Universität Basel beschäftigte Feministin Franziska Schutzbach meint, es werde nicht funktionieren, „die rechtsnationalen Kräfte in Europa auf formaldemokratischem Weg zurückzudrängen“. Sie rief alle „nicht-reaktionären“ Politiker, Richter, Staatsangestellten sowie Leiter von Universitäten und Schulen auf, „ihren rechtsextremen KollegInnen die juristische und ideologische Autorität“ abzuerkennen. Taxiunternehmen und Fluggesellschaften sollten keine Rechtsnationalen mehr transportieren, Veranstaltungsorte und Hotels keine rechten Partei-zusammenkünfte mehr in ihren Räumlichkeiten zulassen. Fernsehsender sollen keine rechten Talkgäste einladen, Zeitungen nicht über sie berichten.

Alles, was nicht in ihr Weltbild paßt, einfach verbieten und totschweigen. Aber das heißt nicht Demokratie, das ist Diktatur.

ZITAT

Dr. Rafael Korenzecher: „Wir benötigen heute und hier im eigenen Land Schutzzonen für die Schutzgebenden, die zunehmend vor den Schutzsuchenden Schutz suchen müssen.“

„FAKE NEWS“

Ein redaktioneller Jungstar namens Claas Relotius hat der Reihe nach die renommiertesten Journalistenpreise der Welt eingeheimst, CNN erhob ihn sogar zum „Journalist of the Year“. An die 60 Relotius-Stories brachte allein der „Spiegel“, weitere erschienen in der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Seit nun herauskam, daß dieses journalistische Supergenie seine preisgekrönten Reportagen fingiert und vieles schlicht und einfach erfunden hat ist die Zerknirschung groß.

Aufgeflogen ist die Sache deshalb so lange nicht, weil Relotius, der sich auf rührselige Flüchtlingsgeschichten spezialisierte, ein linker Aktivist ist, weil er genau das schrieb, was der Mainstream heute gern veröffentlicht.

ZITAT

Georges Clemenceau, 1841-1929 (setzte die weitgehenden französischen Forderungen gegenüber Deutschland im Versailler Vertrag durch): „Es gibt kein besseres Mittel als die Politik unaufrichtiger Zugeständnisse, um die gegnerische Partei dazu zu veranlassen, immer mehr zu verlangen. Jeder Mensch oder jede Macht, deren Tätigkeit einzig und allein im Nachgeben besteht, wird zum Schluß notwendig dahin gelangen, sich aus dem Dasein zurückzuziehen. Wer lebt und nicht widersteht, läßt sich bittemweise zerstückeln.“

Zur Erinnerung

„Der Spiegel“ 49/1983 berichtete: „Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt mochte beim 75. Geburtstag des in Wien lebenden Nazi-Jägers Simon Wiesenthal nicht dabei sein. Brandt war gebeten worden, im Ehrenkomitee für die Wiesenthal-Feierlichkeiten mitzuwirken. Er wollte nicht gleich zusagen, weil sein Freund Bruno Kreisky seit langem mit Wiesenthal zerstritten war. Brandt ließ deshalb in Wien nachfragen, wie er sich verhalten solle. Als Kreisky grantig ausrichten ließ, dazu gebe er „keinen Kommentar“, verzichtete Brandt auf seine Teilnahme.“

NIE ANTISEMITISMUS VERSPÜRT

Dr. Bruno Kreisky im *PROFIL* im November 1973: „Es gibt heute keinen Antisemitismus mehr in Österreich. Das wird den Leuten höchstens eingeredet. Ich habe nie irgendeinen Antisemitismus verspürt.“

Du nennst mich klein in meinem Lieben,
beschränkt vielleicht und eng begrenzt dazu,
weil ich in deutschem Denken steh'n geblieben
und nicht modern bin so wie du.

Ich sah die Länder mancher Zunge,
doch näher als der König Psammetich
steht mir der letzte deutsche Schäferjunge,
der denkt und fühlt und spricht wie ich.

Ich bin geboren, deutsch zu fühlen,
bin ganz auf deutsches Wesen eingestellt;
erst kommt mein Volk, dann all die andern vielen,
erst meine Heimat, dann die Welt.

Bogislav von Selchow

ZITAT

Karl Friedrich Kretschmann: „Wer als ein Fuchs ein Amt erschleicht, der wird es als ein Wolf verwalten.“

Grüne verläßt Partei, kassiert aber weiter

Die Klagenfurter Gemeinderätin Andrea Wulz (GRÜNE) verläßt die Parteiruinen, bleibt aber natürlich im Gemeinderat. Als Vorsitzende des Ausschusses für Frauen und Familie erhält sie für ihre Tätigkeit 1.500.— Euro monatlich.

Mit dem Austritt von Andrea Wulz aus dem grünen Klub haben mittlerweile fünf Abgeordnete ihre Fraktionen verlassen.

Die Zweidrittelmehrheit der Dreierkoalition ist schon länger futsch. Bei einem weiteren Abgang müßte auch der grüne Stadtrat Frank Frey um seinen Job zittern. Laut Klagenfurter Stadtrecht wird jeder Ausgetretene weiterhin jener Liste zugerechnet, für die er bei der vergangenen Wahl angetreten ist. Schließlich wurde er ja dafür gewählt, was bedeutet: Die Ex-Grünen (derzeit sind es drei) könnten bald die Mehrheit im einst siebenköpfigen grünen Klub übernehmen – und somit auch über den Stadtrat ihrer Ex-Partei entscheiden.

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist; da beginnt das Lied des Notwendigen, die einmalige und unersetzliche Weise.“

Doch nicht so gut ausgebildet

Ein hoher Anteil von anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten, die im Dezember 2018 ohne Job waren, hat nur eine Ausbildung auf Pflichtschulniveau. Der Pflichtschulanteil bei den Arbeitslosen aus Syrien, Afghanistan, Rußland, dem Irak und Iran lag bei 67,8 Prozent.

ZITAT

Bassam Tibi (Professor für internationale Beziehungen an der Universität Göttingen): „Das ist das Problem, das ich mit der Multi-Kulti-Ideologie habe. Multikulturalismus ist Wertebeliebigkeit, ist „anything goes“. Jeder lebt, wie er will. Das lehne ich ab. Wozu das führt, zeigen die Jugendbanden in Paris. Die Kids haben die französische Staatsbürgerschaft, sie sprechen fließend Französisch – trotzdem hassen sie Frankreich.“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Vor 100 Jahren

Am 4. März 1919 gab es Demonstrationen der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Die Sudetendeutschen forderten den Verbleib bei Deutschösterreich anstatt der Inkorporation des Sudetenlandes in das Hoheitsgebiet des tschechoslowakischen Staatsverbandes.

Die letzten Reichsratsabgeordneten dieser Gebiete hatten die Republik Deutschösterreich im Oktober 1918 als Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung in Wien mit begründet und am 12. November 1918 für die Einführung der Republik in den Zusammenschluß mit Deutschland gestimmt. Dennoch waren die deutschen Gebiete zwischen 1. November 1918 und 31. Januar 1919 durch tschechische Truppen besetzt worden.

Zu den Forderungen des 4. März, der unter schwarz-rot-goldenen Fahnen begangen wurde, gehörte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von US-Präsident Woodrow Wilson als Grundprinzip der Friedensregelung proklamiert worden war. Außerdem forderten sie den Abzug der tschechischen Truppen und die Freigabe zurückgehaltener Lebensmittel- und Kohliefernungen.

Die Kundgebungen wurden kurz nach Mittag in mehreren Städten gleichzeitig durch Schüsse in die Menge blutig unterdrückt. Dabei kamen auf Seiten der sudetendeutschen Demonstranten 54 Menschen ums Leben. Unter den Toten waren 20 Frauen und Mädchen, ein 80-Jähriger und Buben im Alter von 14, 13 und 11 Jahren. Zwei Tote gab es bereits am 3. März in Eger und zwei weitere am 5. März in Karlsbad. Außerdem gab es ca. 200 Verletzte.

Die Opfer des 4. März 1919 erhielten keine Entschädigung, die Täter wurden nicht ermittelt und bestraft.

WIR GEDENKEN.

ZITAT

Immanuel Kant: „Der Ziellose erleidet sein Schicksal – der Zielbewußte gestaltet es.“

Helmut Schmidt und seine Wurzeln

Im vergangenen Dezember meldete die „Jüdische Allgemeine“:

„Seit den 60er Jahren gehörte Helmut Schmidt zu den wichtigsten Politikern in der BRD, seit 1974 auch als Bundeskanzler, der sich daher mit einem der wichtigsten Politikbereiche, nämlich dem deutsch-israelischen Verhältnis, beschäftigen mußte. Er hat mehrere starke Reden dazu gehalten, unter anderem 1975 in der Kölner Synagoge. Schon vorher hatte er in Auschwitz gesprochen. Er stellte sich dem Thema durchaus, achtete aber stets darauf, daß es nicht mit seinen persönlichen jüdischen Wurzeln in Verbindung kam.“

Schmidt war ehrgeizig. 1976 gewann er ganz knapp vor Kohl – wenn er 1975 in der Kölner Synagoge gesagt hätte: „Ich habe jüdische Wurzeln“, hätten ihm möglicherweise entscheidende Wählerstimmen gefehlt.“



lesen Sie auch

Probexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

Wußten Sie,

daß Kunststoffverpackungen in Österreich zu hundert Prozent wiederverwertet werden?

In Österreich haben wir dank unseres hervorragenden Abfallmanagements eine lückenlose Wiederverwertung von Kunststoffen und sind international führend im Recycling. Ist ein Kunststoff nicht recyclebar, wird er am Ende seines Lebenszyklus in Energie umgewandelt. Der Anteil Europas und Nordamerikas am „Marine Litter“ – also dem Müll in den Weltmeeren – beträgt zwei Prozent. Der Rest kommt hauptsächlich aus Asien und Afrika.

VOLLSTÄNDIGE REVISION

„Wegen erwiesener Nutz- und Wirkungslosigkeit“ fordert die AfD als erste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag eine „vollständige Revision der Klimaschutzpolitik“.

Konkret fordert die AfD, Deutschland solle sämtliche Energie- und Klimaschutzziele aufgeben, alle Gesetze und Verordnungen diesbezüglich beenden und aus allen nationalen wie internationalen Vereinbarungen austreten. Die AfD-Fraktion verlangt die Vorlage von überprüfbaren Fakten über die angeblich vom Menschen verursachte Klimaerwärmung.

ZITAT

Dr. R. Korenzecher: „Die Politik überzieht das Autoland Deutschland (immerhin 1,8 Millionen Arbeitsplätze und 400 Milliarden Euro Umsatz) als einziges in der Welt mit abstrusen, unsinnigen und schikanösen Diesel- und sonstigen Verboten, verhindert Straßenbau und führt mit Straßenrückbau und anderen massiven Behinderungen des individuellen Fahrzeugverkehrs einen doktrinären, ideologischen Krieg gegen die Autofahrer und die Autoindustrie, die eine der Hauptquellen überhaupt für den bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Exporterfolg ist.“

Besonders erbärmlich ist es, daß sich unter den etablierten Parteien des gesamten Bundestagsplenums – ganz entgegen der Stimmung im Lande – kein sogenannter Volksvertreter findet, der sich diesem gefährlichen, politisch-ideologischen, von keinem wissenschaftlichen Korrelat getragenen Unfug entgegenstellt.“

Der Steuerzahler zahlt alles

Geld scheint in Kärnten offenbar keine Rolle zu spielen: Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) gab im Landtag unlängst die Formalitäten zum Ankauf des Winkler-Vorlasses bekannt. Demnach erhält Josef Winkler (der sich dafür ausgesprochen hat, die Urne des verstorbenen Landshauptmannes Haider in eine bewachte Gefängniszelle zu verlegen, „denn es könnte ja sein, daß er wie ein Phönix aus seiner Asche steigt und wieder sein Unwesen treibt“) ab Juli monatlich 958,34 Euro vom Land und den selben Betrag von der Stadt Klagenfurt, 20 Jahre lang 1.916,68 Euro monatlich. So klingt das schöner, als 460.003,20 Euro Vorlaß auf einmal.

Und die halbe Million Euro, die die Grünen nicht zurückzahlen wollen, scheint dem Herrn Landeshauptmann auch nicht sonderlich zu fehlen.

Was soll's, zahlen ja alles die Steuerzahler.“

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN